

## Ein Buch der Generaldirektoren volkseigener Kombinate der DDR

# „Jetzt reden wir“

Im Jahr 2014 wird sich die sogenannte Wende in der DDR zum 25. Mal jähren. Eine Flut neuer Publikationen dürfte sich mit dem Untergang des zweiten deutschen Staates befassen. Vom Zeitgeist getragen und der besseren Vermarktung wegen werden sie bekannte Klischees aufwärmen. „Unrechtsregime“ und „Pleitestaat“, „Schrotthaufen“ und „Mißwirtschaft“ sind einige Stichworte. Autoren (seltener Autorinnen), die die DDR von innen kaum kannten, werden abermals die Ineffizienz von Volkseigentum beschwören und privatkapitalistisches Wirtschaften als alternativlos preisen.

Das hier präsentierte Buch, eine Pionierarbeit im wahrsten Sinne, hebt sich davon ab. Es widmet sich einer Leerstelle im Publikationsangebot zur DDR-Ökonomie: dem bisher nicht gehobenen Erfahrungsschatz von „roten Wirtschaftslenkern“. Es erzählen Menschen, welche die DDR von innen kannten, die bei deren Aufbau nach dem Zweiten Weltkrieg und bei ihrer Manövrierung während des Kalten Krieges dabei waren, aber eben auch bei ihrem Zusammenbruch. Aus berufenen Mündern wird dies ein Beitrag zur Versachlichung in der Darstellung des sozialistischen Wirtschaftsgeschehens sein, so wie das in der jüngeren Zeit bereits zum Beispiel mit dem Film „Die Außenhändler“ von Lutz Pehnert oder mit dem Buch „Der Bereich Kommerzielle Koordinierung“ von Matthias Judt geschah.

Natürlich hatten sich die Initiatorinnen und Initiatoren ebenso wie die sich Erinnernden zu fragen, was denn nach gut zwei Jahrzehnten der Sinn solcher Publikation sein kann. Eine selbstgerechte, gar nostalgische Reflexion des Gewesenen konnte nicht in Frage kommen. Auch galt es der Gefahr zu entgehen, mit wachsendem zeitlichem Abstand und angesichts zivilisationsgefährdender Vorgänge im Realkapitalismus realsozialistische Defizite, auch Fehler zu verharmlosen. Es sollte vielmehr anhand von Erfahrungsberichten der Frage nachgegangen werden, ob und wenn ja was aus dem Wirtschaften eines letztlich implodierten Staates heute noch zu lernen, was aufhebenswert ist.

Wenn es nach denen geht, die dem Zeitgeist frönen, dann war da nichts Brauchbares, nichts für die Zukunft Weiterentwickelndes. Noch am 4. Februar 2013 verstieg sich z. B. Richard Schröder, Fraktionsvorsitzender der SPD in der am 18. März 1990 gewählten DDR-Volkskammer, in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zu einem grotesken Urteil über die DDR und ihre Wirtschaft. Der inzwischen an der Humboldt-Universität emeritierte Professor für Philosophie und Theologie bemühte

dazu einen Witz, der angeblich in der DDR im Umlauf gewesen sei: „Der Sozialismus hat von allen bisherigen Gesellschaftsordnungen etwas bewahrt: vom Kapitalismus die vielen Krisen, vom Feudalismus die vielen Könige, von der Sklavenhaltergesellschaft den Umgang mit den Menschen und von der Urgemeinschaft die Produktionsmethoden.“ Das ist so hämisch, so dumm, daß ein Kommentar nicht lohnt. Ich erzähle auch mal gern einen Witz, aber für so einen würde ich mich schämen.



Prof. Dr. Christa Luft

Alle, welche die heutigen, gerade im Umgang mit Menschen brutalen kapitalistischen Verhältnisse nicht für das Ende der Geschichte halten, kommen an den Erfahrungen des sozialistischen Versuchs nicht vorbei. Das betrifft das Bewahrenswerte, Weiterzuentwickelnde ebenso wie das nicht Gelungene, auch Fehlerhafte und Falsche. Für den deutschen Philosophen Hegel galt es als Imperativ, beim Start in etwas Neues Vergangenes nicht unbesehen zu entsorgen, sondern an tragfähigen Ansätzen anzuknüpfen und Geleistetes vor dem Vergessen zu bewahren.

Eine Frage bei der Suche nach einer Alternative zum realkapitalistischen Wirtschaften müßte also lauten: Waren Volkseigentum an den Produktionsmitteln und gesamtgesellschaftliche Planung letztlich schuld am Scheitern des sozialistischen Versuchs und darf daher beides in alternativen Zukunftskonzepten keinen Platz mehr haben? Ein „Ja“ wäre nicht nur zu einfach, es wäre falsch.

Erst Volkseigentum an den Produktionsmitteln hat es möglich gemacht, daß wirtschaftliche Tätigkeit zuvorderst eine soziale Funktion hatte, eine Gemeinwohl-, keine einseitig einzelwirtschaftliche Renditeorientierung. Seinen Ausdruck fand das in entlohnter Arbeit für alle, die arbeiten wollten und konnten, in bezahlbarem Zugang zu Energie und Wasser für jedermann, in einem modernen,

polytechnisch ausgerichteten Schulsystem. Gewährleistet war das Recht auf eine Lehrstelle für jeden Jugendlichen, auf kostenlose oder kostengünstige Bildungs- und Gesundheitsleistungen für alle. Das Qualifikationsniveau war in der DDR im internationalen Vergleich hervorragend. Auf 1000 Beschäftigte in volkseigenen und genossenschaftlichen Betrieben entfielen im statistischen Durchschnitt 903 mit einer abgeschlossenen beruflichen Ausbildung. Darunter verfügten 606 über einen Facharbeiterabschluß, 42 über eine Meisterprüfung, 14 über einen Fachschul- und 81 über einen Hochschulabschluß. Die wichtige Naturressource Grund und Boden war kein Spekulationsobjekt.

Die blinden Kräfte des Marktes waren durch eine angestrebte geplante Entwicklung der Wirtschaft weitgehend ausgeschaltet. Auf Volkseigentum gründete, daß der Mensch nicht als „Humankapital“ galt, das sich rechnen muß, wie die hochqualifizierten Ingenieure und Facharbeiter in der Sprache neoliberaler Ökonomen heißen.

Und die „roten Wirtschaftskapitäne“ verkörperten mehrheitlich einen eigenen Managertyp. Nicht, weil sie ein ausgeprägtes Impro-

visationsvermögen besitzen mußten, sich mit dem Dreifachen des Verdienstes ihrer Facharbeiter begnügten und eine ausgeprägte Leidenschaft gegenüber dem diktatorischen Verhalten übergeordneter Partei- und Staatsfunktionäre brauchten. Sie kamen zumeist aus sogenannten bildungsfernen Schichten und waren lebendiger Beweis für das in der DDR gebrochene Bildungsprivileg. In ihrem Führungsstil bevorzugten sie Sozialbeziehungen, in denen Gemeinschaftsgeist, Vertrauen und persönlicher Kontakt eine zentrale Rolle spielten.

Es ist bitter feststellen zu müssen, daß eine Bevölkerungsmehrheit 1989/90 annahm, solche im Laufe der Zeit als selbstverständlich hingenommenen Vorzüge könnten beibehalten, aber durch die begehrte harte Deutsche Mark ergänzt werden.

Woran lag es aber dann, daß das im Volkseigentum und gesamtgesellschaftlicher Planung steckende humane, soziale und auch Effektivitätspotential sich nicht maximal entfalten und dauerhaft stabilisieren konnte?

Dafür gibt es mannigfache Ursachen. Gebremst haben äußere Bedingungen: umfangreiche Reparationsleistungen an die UdSSR in Form von Demontagen und Entnahmen aus der laufenden Produktion, Embargomaßnahmen kapitalistischer Länder, die offene Grenze zum Westen und die Abwanderung hochqualifizierter

Männer und Frauen, die Zugehörigkeit zum RGW, einem Verbund wirtschaftlich und technologisch weniger entwickelter sozialistischer Länder.

Dennoch darf die Implosion der DDR nicht allein darauf zurückgeführt werden. Es

gab innere, systemeigene Faktoren, die hemmend wirkten und die bei zu entwickelnden Modellen für alternatives Wirtschaften im Blick bleiben müssen:

- Die nahezu komplette Verstaatlichung des Eigentums an Produktionsmitteln in allen Branchen, die Landwirtschaft ausgenommen, und schließlich Anfang der 70er Jahre bis zur kleinsten Fabrik war nicht begleitet von der realen Verfügung der Produzenten über dieses Eigentum, von demokratischer Mitbestimmung der Belegschaften. Insofern war es kein wirkliches „Volkseigentum“, sondern befand sich weitgehend in der Verfügung von Politbürokraten.

- Das zentralistische Planungssystem engte die Handlungsspielräume der wirtschaftenden Einheiten stark ein und ignorierte deren eigenständige ökonomische Interessen. Im Unternehmen erarbeitete Gewinne konnten nur sehr eingeschränkt nach Entscheidung der Kombinateleitung verwendet werden.

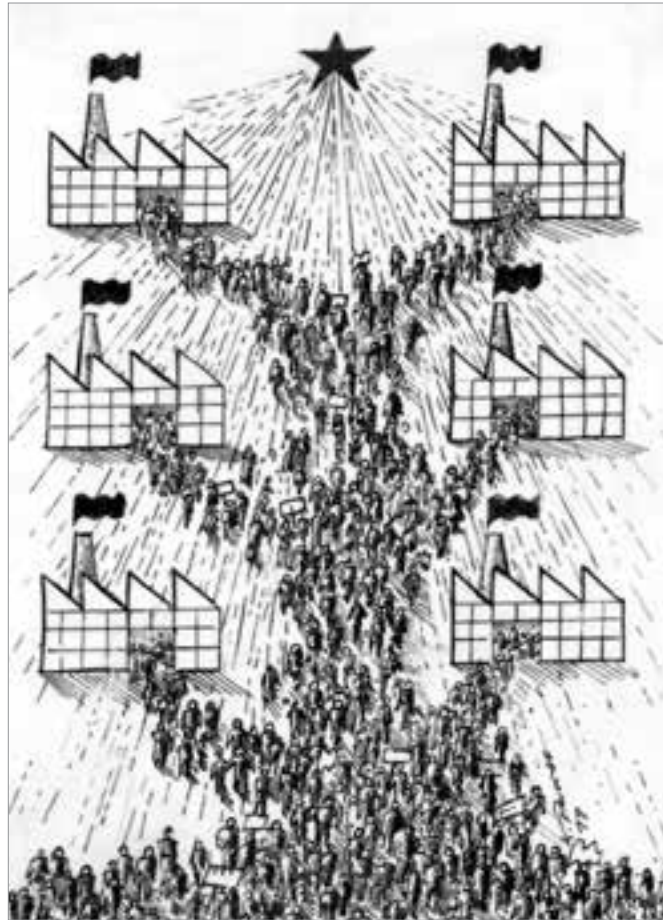
- Ausgeschaltet waren nicht nur die blinden Kräfte des Marktes. Geringgeschätzt bis mißachtet wurden überhaupt Marktkategorien (Wert, Preis, Gewinn, Kredit), statt dessen wurden administrative Surrogate genutzt (Festpreise, Subventionen, ökonomische Hebel, Währungsumrechnungs- und Richtungskoeffizienten). Durch überwiegende Anwendung von Naturalkennziffern waren die wahren Produktionskosten verschleiert. Eine international vergleichbare Wirtschaftlichkeitsrechnung war erschwert.

Die Behebung dieser und weiterer Probleme war Anliegen des Neuen Ökonomischen Systems, das jedoch vor Wirksamwerden abgeblockt wurde. Solche Fehler und Mängel kritisch zu benennen, ist kein Nachtreten, sondern schützt vor Wiederholungen in künftigen linken Gesellschaftskonzepten. Das realsozialistische Eigentums- und Planungsmodell eignet sich nicht als Blaupause für eine Gesellschaft, die eine zukunftsfähige Alternative zum Realkapitalismus ist.

Noch ein Problem: In der ökonomischen Theorie und in der Wirtschaftspolitik der DDR galt wie in anderen realsozialistischen Ländern die Leninsche These, wonach die Arbeitsproduktivität in letzter Instanz das Allerwichtigste, das Ausschlaggebende ist für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung. (Die große

Initiative. In: Lenin-Werke, Bd. 29, S. 416, Dietz-Verlag, Berlin 1976)

Lenin hatte den Vergleich mit den USA im Auge, deren Produktivität Anfang der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts neunmal so hoch war wie die der Sowjetunion.



Streik ist gut, Volkseigentum ist besser

Grafik: Klaus Parche

Diesen Maßstab angelegt, hat auf deutschem Boden das kapitalistische System zunächst gesiegt. In der Enquetekommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ sprach man ernsthaft davon, daß die volkswirtschaftliche Arbeitsproduktivität in der DDR etwa 30 Prozent oder sogar noch weniger als jene der BRD betragen habe. Die amtliche Statistik der DDR hat 1989 einen Stand von 60 Prozent ausgewiesen. Der Streit um Prozente ist inzwischen müßig. Daß es einen beachtlichen Abstand gab, ist bezogen auf die gesamte Volkswirtschaft nicht zu bestreiten, im Vergleich mancher Branchen oder Unternehmen konnte das durchaus anders aussehen.

Doch taugt die Gegenüberstellung nackter Zahlen, um ein für alle Mal das prinzipielle Versagen einer auf Gemeineigentum und Planung beruhenden Wirtschaftsweise zu belegen, oder kann sie als Endbeweis für die Überlegenheit privatkapitalistischen Wirtschaftens gelten? Nein! Außer Betracht bleiben dürfen erstens nicht historische, entwicklungsbedingte Umstände, die – bezogen auf die DDR – eingangs bereits erwähnt wurden.

Zweitens aber gab es zweifellos Mängel und Fehler im praktizierten Eigentums- und Planungsmodell, die unmittelbar zu Produktivitätseinbußen führten.

Der Preis als grundlegender Faktor des Wirtschaftsgeschehens widerspiegelte nicht den Wert, also den Aufwand an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit. Er wurde künstlich nachgebildet und verlor damit sein Wesen als einheitlicher Wertmaßstab.

In der Entlohnung dominierte Gleichmacherei. Es fehlte an systemkonformen Triebkräften, die denen von Profitgier und Existenzangst im Kapitalismus überlegen waren.

Zu Einbußen an Kreativität und Flexibilität sowie an Wertschöpfung in den Regionen kam es, als die restlichen kleinen und mittleren privaten und halbstaatlichen Betriebe Anfang der 70er Jahre in die Kombinate gepreßt wurden. Damit wurden auch Freiräume für die Lebensgestaltung nach individuellen Vorstellungen eingeschränkt.

Das Fehlen eines Marktes für Dienstleistungen führte dazu, daß jedes Kombinat selbst für den entsprechenden Zugang sorgte und unter seinem Dach Bauabteilungen und Fuhrparks ansiedelte, Kantinen, Kultureinrichtungen und Ferienlager vorhielt.

Aber: Muß nicht auch die Leninsche Meßlatte für den Systemwettbewerb hinterfragt werden? Ist diese nicht nur auf den Produktionsumfang und letztlich das Nacheifern kapitalistischer

Praktiken fokussiert? Sie sagt doch nichts darüber aus, wem die neu geschöpften Werte zugute kommen, wie sie verteilt werden, darüber, ob sie parasitär, zum Beispiel für Rüstungsausgaben, Prestigeobjekte und ähnliches oder sozial und ökologisch zukunftsorientiert verwendet werden. Es fehlte und fehlt zum Teil bis heute die Antwort auf die Frage: Wie wollen wir leben? Welche Werte sind uns wichtig?

Die Bürgerinnen und Bürger der neuen Bundesländer verfügen inzwischen über Erfahrungen zweier Gesellschaftssysteme. Unterschiedliche Erfahrungen sind kein Mangel, kein Manko, sondern eine Bereicherung. Mit dem Heben von Erfahrungen der DDR-Wirtschaftslenker begonnen zu haben, ist ein zu würdigendes Verdienst des Unternehmens Rohnstock-Biographien und des Vereins zur Förderung lebensgeschichtlichen Erinnerns und biographischen Erzählens. Auf die öffentliche Resonanz darf man gespannt sein.

Prof. Dr. Christa Luft, Berlin

Einführungsvortrag auf der Tagung zur Übergabe des Buches „Jetzt reden wir“ am 8. Dezember 2013

## Über den Auftrag konsequenter Linker im Europaparlament

# Die real existierende EU

*„Für mich ist das die Krise der EU und ihrer Institutionen. Leider spielt das Thema im Koalitionsvertrag kaum eine Rolle. Tatsache ist aber, daß uns die Krise der EU im nächsten Jahr einholen und die anderen Themen beiseiteschieben wird. Unsere Nachbarn in Europa werden einen gewaltigen Druck auf Deutschland ausüben, sobald die Regierung steht. Spätestens im Frühjahr 2014“, erklärte Helmut Schmidt in einem „Bild“-Interview am 23. Dezember 2013.*

Irland verläßt den Rettungsschirm, Spanien verzichtet auf weitere ESM-Hilfen, die Rezession in der EU ist gestoppt, die Börsen gehen immer weiter auf Höhenflug, der BRD-Kurs hat Deutschland gegen den Trend bestens durch die Krise geführt. Diese Botschaften hämmern aus allen großen Medien auf die Bevölkerung ein. Das Ergebnis dieser neoliberalen Verdummungspropaganda konnten wir dem Wahlergebnis entnehmen. Eine Mehrheit im Land will diesen Kurs fortsetzen, ein anderer Teil der Bevölkerung resigniert und verabschiedet sich aus der Politik. Helmut Schmidt hat hier recht. Die Wirklichkeit hinter den Meldungen sieht düster aus: Die Krisenstaaten der EU versinken in Arbeits-, Wohnungs- und Perspektivlosigkeit. Nordafrikanische Verhältnisse ziehen dort ein. Die Verschuldungsquote der Krisenstaaten steigt weiter an. Die Austeritätspolitik verschärft die Probleme noch. Ein Schuldenschnitt für Griechenland ist unabdingbar. Und wichtiger noch: Die Ursachen der Krise werden nicht beseitigt und produzieren immer mehr Sprengstoff, der die Lebensverhältnisse der Menschen in der EU sowie die weitere Existenz der Europäischen Union und des Euro-Raumes in Frage stellt.

Die Krise des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus und der EU wird für das kapitalistische System neue Weichenstellungen erfordern. Aber dessen Anpassungsfähigkeit ist noch nicht ausgeschöpft, ein revolutionäres Potential für eine andere Gesellschaft derzeit nicht gegeben. Linke Politik muß sich auch jenseits revolutionärer Träume in die Gestaltung des Kapitalismus einmischen.

Wenn die aktuelle Krise ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zurückkehrt, wird politisch um die Deutungshoheit gerungen werden. Dazu ist deren Verständnis in ihren Zusammenhängen notwendig, wenn die richtigen Schritte zu ihrer Bekämpfung angestrebt werden sollen.

### Krisenaspekt 1:

Mit dem Übergang zur Phase des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus, der als Neoliberalismus bezeichnet wird, sollen

die Profite privater Unternehmen über ein neues Verteilungsverhältnis des Mehrwerts und den Zugriff auf noch unerschlossene Geschäftsfelder gesteigert werden, auch über die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Das Ergebnis ist die dramatische Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums in den kapitalistischen Staaten. Doch der Spielraum dafür wird enger, Rücksichten im Umgang mit der Arbeiterklasse der entwickelten kapitalistischen Länder werden nicht mehr genommen. Hierfür mußte das Kapital weltweit den



Sabine Wils

geworden. Doch seit 2008 hat sie die Weltwirtschaft fest im Griff, insbesondere jene der EU. Linke Politik kommt hier die Aufgabe zu, massiv für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums einzutreten. Der Schwäche des Binnenmarkts muß auch durch sozial-ökologische Entwicklungsprogramme entgegengewirkt werden.



Frankreich: Die geknebelte Marianne

Rückgang an Nachfrage in Kauf nehmen. Dieser Widerspruch verschärft die Tendenz zur kapitalistischen Überakkumulationskrise. Durch für den Kapitalismus günstige historische Umstände – den Zusammenbruch der sozialistischen Staaten Europas – und Spekulationsblasen konnte diese hinausgeschoben

werden. Doch seit 2008 hat sie die Weltwirtschaft fest im Griff, insbesondere jene der EU.

Linke Politik kommt hier die Aufgabe zu, massiv für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums einzutreten. Der Schwäche des Binnenmarkts muß auch durch sozial-ökologische Entwicklungsprogramme entgegengewirkt werden.

### Krisenaspekt 2:

Dem Angebot von Kapital steht im Neoliberalismus mangels Nachfrage kein entsprechendes Angebot profitträchtiger Produktionsfelder zur Verfügung. Deshalb verbleibt die Spekulation als einzige Möglichkeit für das überschüssige Kapital, Gewinne zu erzielen. Diesem Kapitalinteresse ist die Öffnung und Liberalisierung der Finanzmärkte zu verdanken. Beim Zuschnappen der Krisenfalle werden die Staaten und damit die Bevölkerungen in die Verantwortung für die Spekulationsbanken genommen.

Linke Politik hat hier das Ziel, Spekulation zu bekämpfen und zu erschweren sowie die lebensnotwendigen Bereiche (Banken, Produktion, Rohstoffe, Nahrungsmittel und Energieversorgung) der Spekulation zu entziehen.

### Krisenaspekt 3:

Im Neoliberalismus findet die Umverteilung auch über die Steuerpolitik statt. Das Schonen der Monopolprofite und Megareichen hat die Finanzierung der Staaten über Kredite herbeigeführt. Mit neoliberaler Steuerpolitik und Schuldenbremse wurden auch in Deutschland schon vor der Krise Kommunen und Länder in Existenznot gebracht. Die Rettung der Banken war hier der Eimer, der das Faß zum Überlaufen gebracht hat. Die Schuldenquote der Staaten wurde dann zum Spekulationsobjekt der Finanzmärkte.

Linke Politik verfolgt hier das Ziel, die Finanzierung der Staaten aus Steuern wieder auf die „richtigen“ kapitalkräftigen Beine zu stellen, die Finanzierung dem Kapitalmarkt zu entziehen und einen Schnitt für die öffentlichen Schulden vorzunehmen.

### Krisenaspekt 4:

Mit der EU hat sich das europäische Kapital eine Staatengemeinschaft nach seinen Wünschen gestaltet. Eine Wettbewerbsunion von Staaten, die sich mit den Verträgen von Maastricht und Lissabon auf die Garantie der vier Grundfreiheiten, den freien Kapitalverkehr, freien Warenverkehr, freien Dienstleistungsverkehr und freien Personenverkehr verpflichtet hat. Alle Organe der EU – und insbesondere der Europäische Gerichtshof als letzte Instanz – haben diese neoliberalen Postulate umzusetzen.

Mit der Währungsunion hat sich dieser Prozeß beschleunigt. Ohne die Option einer Veränderung des Wechselkurses haben sich das ökonomische Ungleichgewicht innerhalb der EU und die Deindustrialisierung vieler EU-Staaten verschärft. Mit Ausbruch der globalen Überakkumulationskrise wurde dieses Auseinanderdriften der EU ins Blickfeld gerückt. „So ist das in einer Wohngemeinschaft mit einem Elefanten als Hauptmieter und ein paar Schafen und Ziegen als Mitbewohnern. Der Elefant hat das Sagen“, hieß es unter der Schlagzeile „Europa wird germanisiert“ am 2. Januar 2014 in der Zeitung „Die Welt“. Dazu muß ich hier noch ergänzen: Der Elefant drückt die anderen nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch an den Rand. Verschärft wurde diese Entwicklung mit der den Krisenstaaten aufgedrückten Austeritätspolitik. Mit dem Fiskalpakt, dem sogenannten Six Pack und Trimester, wird dieser Kurs für alle EU-Staaten verbindlich. Linke Politik muß für einen angemessenen Platz jeder Volkswirtschaft in der EU eintreten. Die EU darf kein Zusammenschluß von Schuldnern und Gläubigern sein. Für Deutschland bedeutet das eine

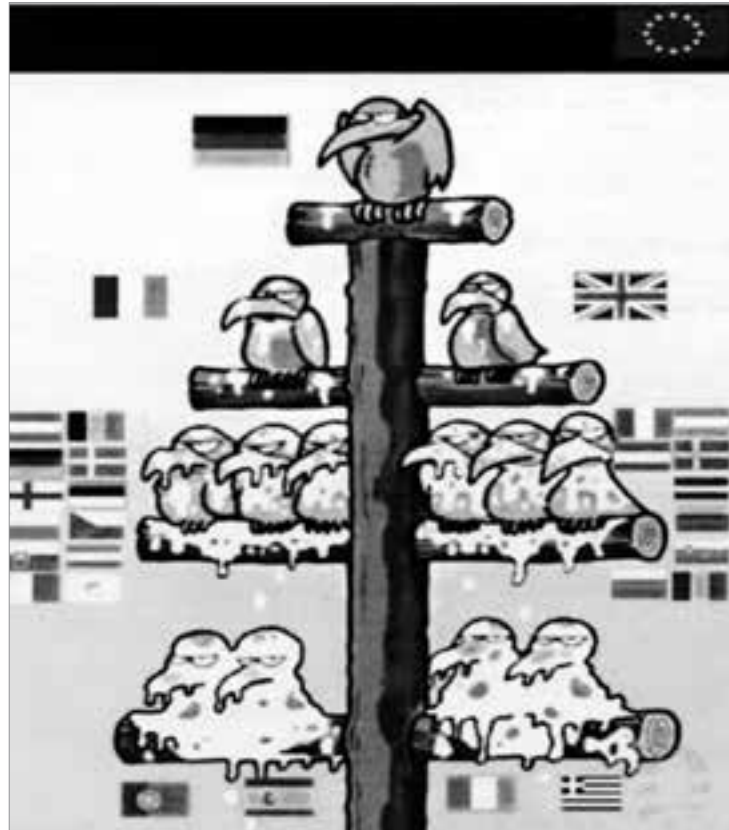
Rückkehr zum Ziel einer ausgeglichenen Leistungsbilanz, zu einer Stärkung des Binnenmarktes und einer Abkehr vom Exportdumping. Dies bricht mit der neoliberalen Politikrichtung, da damit die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums in Deutschland verändert werden würde.

#### Krisenaspekt 5:

Die Grundrechte-Charta ist dem Vertrag von Lissabon nur als Protokoll beigefügt. In der real existierenden EU verpflichtet Eigentum nicht, hat Eigentum nicht dem Gemeinwohl zu dienen, und es geht auch keine Macht vom Volke aus. Derartige Aussagen und die Grundrechte der Menschen verbleiben in der Verantwortung der jeweiligen Nationalstaaten. Die EU stellt die Arena zur Verfügung, auf der die Wirtschaften und ihre Staaten gegeneinander um die Aufteilung des Kuchens drängen. Steuer-, Infrastruktur- und Sozialpolitik sind die möglichen Hebel für die Nationalstaaten. Die EU sichert den „diskriminierungsfreien“ Marktzugang aller Konkurrenten. Ausbaden müssen diesen Dumpingwettbewerb die Völker.

Die Folgen dieses Weges hat Die Linke/PDS schon in ihren Stellungnahmen zu den Verträgen von Maastricht und Lissabon sowie bei der Einführung der Währungsunion beschrieben. Nun sind diese Warnungen Wirklichkeit geworden. Die real existierende EU, die sich auf die Verträge

mit ihren Grundfreiheiten des Neoliberalismus gründet, ist kein Projekt eines solidarischen Europas. In dieser EU ist jeder Nationalstaat der Feind des anderen im Kampf um Märkte und Ressourcen. Ego-



Die Pyramide der real existierenden EU

istischer Nationalismus wird in reiner Form ausgelebt.

Linke Politik muß sich für eine Ablösung der Verträge von Maastricht und Lissabon mit ihrer Konkurrenzorientierung einsetzen.

Ein solidarisches Europa – mit dieser real existierenden EU? Das geht nur über eine inhaltliche Grundlage, die für alle eine Win-Win-Situation darstellt. In der derzeitigen EU gibt es keine realistische Option für einen solchen Neubeginn in seiner Gesamtheit. Die notwendigen Veränderungen der Verträge verlangen die Einstimmigkeit.

Wie sollen sich die Menschen, egal ob sie sich als „Sieger“ oder „Verlierer“ empfinden, gleichzeitig auf ein soziales Europa einigen? Behalten die Regeln von Lissabon ihre Gültigkeit, bis auch der letzte EU-Staat bekehrt ist?

Die Mehrheit der Bevölkerung in allen EU-Staaten – eventuelle Ausnahmen sind Griechenland und Zypern – ist dem Denken des Neoliberalismus verhaftet und wählt dessen Parteien. Die Bundestagswahlen haben dies für Deutschland mit den Ergebnissen für CDU/FDP/Grüne/SPD/AfD demonstriert. Erst wenn sich die Menschen der beteiligten Staaten auf Zusammenarbeit statt Konkurrenz, auf das Recht eines guten Lebens in jedem beteiligten Staat verständigt haben, ist ein solches solidarisches Europa möglich. Bisher hat

diese Voraussetzung nie bestanden. In Deutschland wurde die real existierende EU als Wachstumsimpuls für die Wirtschaft verkauft, die Arbeitsplätze schafft und möglichst nichts kostet. Linke Politik

setzt sich für die Schaffung eines anderen Europa ein, einer Gemeinschaft von Staaten auf solidarischer Ebene. Die LINKE hat bisher ihre Position einer grundsätzlichen Ablehnung dieser real existierenden EU in der Bevölkerung nicht deutlich machen können: Diejenigen, auf deren Kosten das Erfolgsmodell „Exportland Deutschland“ mit Hartz IV und prekärer Beschäftigung, Rente erst ab 67 und anderen Abbauprogrammen aufgebaut wurde, sehen in der LINKEN keine Kraft der Ablehnung der real existierenden EU und bleiben der Wahl fern. Diejenigen, die an den Erfolg des Modells Deutschland glauben, weil die anderen EU-Staaten schlechter dastehen, unterstützen die Agenda-Parteien. Diese Bevölkerungsgruppen werden wir nur erreichen, wenn linke Politik das Scheitern der aktuellen Politik der Wettbewerbsorientierung mit ihrer Agenda 2010 sowie die Profiteure deutlich benennt und eine Alternative anbieten kann.

Die Krisenprozesse im Euro-Raum werden neben dem aktuellen Krisenmanagement die Diskussion zur Übertragung von mehr Rechten auf die EU-Ebene, verbunden mit einer „Demokratisierung“ der EU, also mehr Rechten für das EU-Parlament, vorantreiben.

Jede Vertiefung der real existierenden EU erfolgt auf ihrer bisherigen Vertragsgrundlage. Wie kann da eine gemeinsame Wirtschaftsregierung die Wettbewerbsfreiheit der deutschen Industrie einschränken wollen?

Die Forderung nach mehr Entscheidungsrechten für das Europäische Parlament verkennt, daß dieses in großer Mehrheit aus den egoistischen Interessen der jeweiligen nationalen Kapitale Politik macht. Demokratie aber ist mehr als lediglich eine Versammlung von gewählten Parlamentariern. Demokratie verlangt Gemeinsamkeit und Solidarität, eine Öffentlichkeit, in der die politische Willensbildung stattfindet, und ein Verständnis von Gemeinschaft. Das hat diese Europäische Union nicht zu bieten. Demokratie findet derzeit nur in nationalen Grenzen statt. Diese bereits existierende Demokratie muß gestärkt und erhalten bleiben.

**Sabine Wils**

*Unsere Autorin stammt aus Hamburg und gehört der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken im Europaparlament an.*